26 BASELLAND

BASEL | BASELLANDSCHAFTLICHE FREITAG, 23. OKTOBER 2015

#### **Prävention**

### Landrat gibt weniger Geld für Programm gegen Fettleibigkeit

Der Baselbieter Landrat hat einen Kredit von 712 000 Franken genehmigt zur Fortführung des Aktionsprogramms Ernährung und Bewegung. Es fokussiert auf die Gesundheitsprävention bei kleinen Kindern und den Kampf gegen Fettleibigkeit, die eine bedeutende Kostentreiberin im Gesundheitswesen darstellt. Das 2008 gestartete Programm geht 2016 in seine dritte und letzte vierjährige Staffel. Auf Antrag der FDP-Fraktion halbierte der Landrat den Betrag von 1,424 Millionen auf die erwähnten 712 000 Franken, was 178 000 Franken pro Jahr entspricht.

Der Kürzungsentscheid fiel im Parlament mit 42 zu 33 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Bereits in der vorberatenden Gesundheitskommission war die Kürzung umstritten, wurde dort aber noch mit dem Stichentscheid der grünen Kommissionspräsidentin Rahel Bänziger abgelehnt.

#### **Betrag halbiert**

Die Ratsmehrheit begründete die Kürzung damit, dass die veranschlagten Kosten mit 356 000 Franken doppelt so hoch seien als in der vorherigen Staffel. Angesichts der Finanzlage des Kantons sei diese Erhöhung nicht tragbar. Die Gegner der Kürzung führten ihrerseits ins Feld, dass es nicht um eine Erhöhung des Betrags, sondern um eine Fortführung des ursprünglichen Kredits gehe, da vor der zweiten Staffel der Betrag bereits halbiert wurde. Zudem sei unklar, wie sich die Kürzung auf die Subventionen der Gesundheitsförderung Schweiz auswirke. In der Schlussabstimmung wurde die so modifizierte Fassung mit dem abgespeckten Kredit mit 51 zu 13 Stimmen bei ebenfalls 13 Enthaltungen abgesegnet. (BZ)

#### AUS DEM LANDRAT

#### FABI

## 4 Millionen für Ausbau des Schienennetzes

Der Baselbieter Landrat hat 4 Millionen Franken für den Planungs- und Personalaufwand im Zusammenhang mit der Finanzierung und dem Ausbau der Bahninfrastruktur (Fabi) für 2016 bis 2025 bewilligt. Dabei handelt es sich um den Baselbieter Anteil an den Arbeiten in der Nordwestschweiz und der trinationalen Region Basel. Nach dem Ja zur Fabi-Vorlage des Bundes von 2014 ist bei der Bahninfrastruktur der Bund federführend. Die Kantone werden jedoch in den Prozess einbezogen. Die entsprechenden Personal und Planungskosten werden unter den beteiligten Kantonen aufgeteilt. Von den bewilligten 4 Millionen Franken entfallen 2,6 Millionen auf die Nordwestschweiz und 1,4 Millionen auf trinationale Belange. (SDA)

INSERAT



# Teure Kosmetik oder notwendig?

Signet Regierungsrat Weber kontert im Landrat die Kritik am neuen Logo der Verwaltung

# BASEL AND SCHAFT

So soll das neue Logo oder neudeutsch Corporate Design des Kantons Baselland aussehen. Gestaltet wurde es vom Basler Büro Stauffenegger + Stutz.

#### **VON HANS-MARTIN JERMANN**

Der Kanton Baselland soll bekanntlich auf den 1. Januar 2016 ein neues einheitliches Logo erhalten. Dies stösst auf Kritik: Weshalb ausgerechnet jetzt für 140 000 Franken in ein neues Signet - also gewissermassen in die Kosmetik - investieren, wo der Kanton an seiner Substanz schmerzhafte Einsparungen vornehmen muss? Gestern nun nahm Volkswirtschaftsdirektor Thomas Weber im Landrat erstmals zu den Logo-Plänen der Regierung Stellung. Das Parlament hatte zuvor mit 60 zu 15 Stimmen einen Vorstoss von SVP-Fraktionschef Dominik Straumann (Muttenz) für dringlich erklärt und Weber so zu einer aktuellen Stellungnahme gezwungen.

#### «Gehört zu jeder guten Firma»

Weber führte ins Feld, dass es bei den Direktionen und Dienststellen des Kantons heute eine Vielzahl verschiedener Auftritte auf Schriftstücken oder im Internet gebe. Dieser «Wildwuchs», wie Weber es nannte, soll ein Ende haben: «Ein einheitlicher Auftritt gehört zu jeder gut geführten Firma», sagte er. Dieser unterstütze die Identifikation mit dem Kanton Baselland und mache dessen Leistungen besser erkennbar. Auch ist Weber überzeugt, dass mittelfristig Kosten gespart werden können, wenn nicht für jeden einzelnen grafischen Auftritt ein separater Auftrag vergeben werden muss. Weber betonte, dass die Strategie pragmatisch umgesetzt werden soll.

Das heisst etwa: Es werden nun nicht auf den 1. Januar sämtliche Fahrzeuge des Kan-



#### «Das neue Logo wird bei der Polizei dann eingeführt, wenn eine Beschaffung ansteht.»

Thomas Weber SVP-Regierungsrat

tons umlackiert, sondern bei grösseren Reparaturen oder Anschaffungen die neuen Schriften angebracht. Gemäss Regierungsrat Weber ist die Baselbieter Polizei von der Umsetzung bis auf weiteres ausgenommen. «Das Logo wird bei der Polizei dann eingeführt, wenn tatsächlich eine Beschaffung ansteht. Es ist nicht so, dass - wie in den Medien behauptet - das Logo Beschaffungen forciert.» Polizeien würden derzeit schweizweit die Neubeschaffung von Uniformen prüfen. Dies erfolge unabhängig von der Logo-Diskussion im Baselbiet, stellte Weber klar. Die gestaffelte Einführung



soll helfen, Kosten zu sparen. Umgekehrt führt es auch dazu, dass es sehr lange dauert, bis die Implementierung abgeschlossen ist. Marianne Hollinger (FDP, Aesch) kommentierte dies leicht sarkastisch: «Bis das Logo überall eingeführt ist, wird der Kanton bereits wieder ein neues kreieren.»

#### Ausnahme für Gerichte?

Für Stirnrunzeln sorgte im Landrat ferner die Frage der Ausnahmen: Die Regierung will rund ein Dutzend Institutionen und Dienststellen vom neuen Logo befreien. Dabei handle es sich um Institutionen, die sich in einem «kompetitiven Umfeld» befänden, wie etwa die Wirtschaftsförderung, das Museum BL oder Augusta Raurica. Die Regierung werde die Liste der vom Logo befreiten Institutionen bis Ende November beraten, informierte Weber. Dass gemäss den Plänen auch die Gerichte ausgenommen werden sollen, hält Hanspeter Weibel (SVP) für einen Witz: Deren Unabhängigkeit in der Rechtsprechung sei ein wichtiges Gut. Dies bedeute nicht, dass die Gerichte einen anderen optischen Auftritt haben müssten als die Kantonsverwaltung.

Andreas Bammatter (SP, Allschwil) schlug den Bogen zur zuvor beschlossenen Lohnkürzung beim Staatspersonal. Die zeitliche Nähe der beiden Geschäfte habe psychologisch eine für den Kanton unvorteilhafte Wirkung: «Was sollen die Baselbieter Polizisten denken, die gerade von der Lohnkürzung erfahren haben und die zudem zehn Prozent der Stellen im Korps streichen müssen, wenn sie dafür in naher Zukunft neue Uniformen mit neuem Logo erhalten?»

## Auch Landrat gewährt den Tieren Kredit

**Neubau** Mit den von beiden Basel gesprochenen Garantien kann das Tierheim Hypotheken für den 12 Millionen teuren Neubau aufnehmen.

#### VON EDWIN MEYER

Nach dem Basler Grossen Rat unterstützt auch der Baselbieter Landrat den Neubau des Tierheims des Tierschutzes beider Basel im Basler Breite-Quartier. Der Landrat beschloss gestern eine Kreditsicherungsgarantie von maximal 200 000 Franken pro Jahr über zehn Jahre. Der nach längerer Vorgeschichte seit September im Bau stehende Tierheim-Neubau soll gut 12 Millionen Franken kosten und im Herbst 2017 bezogen werden. Nötig ist er vor allem wegen strengeren neuen Bundesvorschriften für die Tierhaltung. Die Baukosten sind allerdings nur etwa zur Hälfte durch Spendengelder gedeckt.

#### Gemeinnütziger Tierschutz

Damit der Tierschutz für den ausstehenden Betrag Kredite der beiden Kantonalbanken erhält, haben die Regierungen der beiden Basel Kreditsicherungsgarantien über zehn Jahre beantragt. Sie verwiesen dabei auf die gemeinnützigen Leistungen des Tierschutzes, die sonst die Kantone selbst wahrnehmen und voll finanzieren müssten.

Im Basler Grossen Rat wurde die Vorlage ohne Debatte beschlossen. Anders im Baselbieter Landrat: Hier widersetz-

te sich die Mehrheit der FDP dem Antrag. Sie störte sich etwa an der Höhe der Baukosten oder daran, dass mit dem Baubeginn vollendete Tatsachen geschaffen worden seien und der Kanton nichts mehr prüfen könne.

Ausserdem fragte sie, ob wirklich auch ein Hundesalon ins Heim gehöre und dieses an bester Lage erstellt werden müsse. Demgegenüber warben Sprecherinnen und Sprecher von EVP, Grünen-Unabhängigen/GLP und SVP für die Garantie: Ein späterer Baubeginn hätte Mehrkosten bewirkt, mit Dienstleistungen wie einem Hundesalon könne der Tierschutz zudem selbst Geld erwirtschaften, hiess es etwa.

#### 6 Millionen selber gesammelt

Die Garantie sei zudem nötig, weil die Banken das für den speziellen Zweck gebaute Haus im Garantiefall nicht einfach verkaufen könnten. Die SVP wollte trotz Vorbehalte das Engagement des Tierschutzes anerkennen, der selbst 6 Millionen Franken gesammelt habe.

Der zuständige Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor Thomas Weber verwies darauf, dass ein anderer Standort als der bisherige zwischen Bahn und Birs nicht gefunden worden sei. Dies sei die günstigste Lösung. Schliesslich hiess der Landrat die Kreditsicherungsgarantie mit 39 zu 17 Stimmen bei 17 Enthaltungen gut; dagegen war insbesondere die FDP-Mehrheit, Enthaltungen gabs in mehreren Fraktionen. Im Basler Grossen Rat war sie am Mittwoch mit 81 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen beschlossen worden. (SDA)

#### Elba-Ausbauvariante

# Leimentaler Gemeinden mischen sich in Abstimmungskampf ein

«Es werden keine Milliarden für Luxus-Strassen ausgegeben.» Stattdessen würden «der öffentliche und der Individualverkehr koordiniert und massvoll ausgebaut». Es ist nicht etwa ein Automobilverband oder eine bürgerliche Partei, welche die Parole der links-grünen Elba-Gegner vor der Abstimmung am 8. November attackiert, sondern die politisch eher unauffällige Verkehrsund Raumplanungskommission Leimental (VRKL). In einer gestern verschickten Mitteilung betonen die Verfasser, dass sie an der bevorstehenden kantonalen Abstimmung ein Ja zur Ausbauvariante von Elba empfehlen.

Diese Empfehlung stützt sich auf die Kommissionsmeinung und eine Mehrheit der Leimentaler Gemeinderäte. Sie erfolgt im Namen der Baselbieter Gemeinden Allschwil, Biel-Benken, Bottmingen, Burg, Ettingen, Oberwil, Schönenbuch und Therwil sowie der Dörfer aus dem solothurnischen Leimental, Bättwil, Rodersdorf und Witterswil.

#### Ohne Binningen, Hofstetten-Flüh

Nicht zu den Unterzeichnern gehören Binningen und Hofstetten-Flüh. Von den Hofstettern habe man «nichts mehr gehört», als es um die Ratifizierung der Abstimmungsempfehlung ging, erklärt Kommissionspräsident Christian Pestalozzi. Und Binningen wollte keine bedingungslose Unterstützung signalisieren, da der Text des Communiqués von der Binninger Vernehmlassungsantwort in gewissen Punkten abweicht.

Sogar in einer regelrechten Zwickmühle befindet sich die Oberwiler Gemeindepräsidentin Lotti Stokar: Gegensätzlich zur Mehrheitsmeinung im Gemeinderat unterstützt die Grünen-Politikerin ihre Partei beim Elba-Referendum und hat selbst mitgeholfen, Unterschriften zu sammeln. Doch persönlich ist sie alles andere als glücklich, dass das Baselbiet über die Aufnahme der Elba-Ausbauvariante in den kantonalen Richtplan abstimmen muss: «Ich selber hätte das Referendum nicht ergriffen.»

Bei einem Nein drohe ein Scherbenhaufen, denn: «Wird die vorgelegte Elba-Variante abgelehnt, bedeutet dies nicht automatisch, dass die von Rot-Grün favorisierte Variante Umbau umgesetzt wird.» Zwar sehe auch sie etliche Bestandteile der zur Abstimmung vorgelegten Ausbau-Variante kritisch. Stokar findet allerdings, dass man einzelne Projekte später im Rahmen der jeweiligen Kreditsprechung immer noch ablehnen könne. Dies wäre sogar sinnvoller, als nun das Gesamtpaket vorzeitig «bachab» zu schicken.

Kommissionspräsident Christian Pestalozzi zählt seinerseits die wichtigsten Beweggründe auf, welche die VRKL zu dieser Stellungnahme veranlasst hätten: Man müsse den öffentlichen und den Individualverkehr als Gesamtsystem betrachten und beide Verkehrsträger aufgrund der vorausgesagten Bevölkerungszunahme «massvoll» ausbauen. Die von Regierung und Landrat bevorzugte Ausbau-Variante berücksichtige alle Verkehrsträger gleichwertig und stelle darum eine «ausgewogene» Lösung dar. So favorisierten die Leimentaler Gemeinden auch den Bau der stadtnahen Tangente von Allschwil nach Binningen, da sie sich von ihr eine gute «Gesamtwirkung» versprechen. (BOS/HAJ)